

EINLADUNG

15. Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Haushalt, Personal, Wirtschaftsförderung und Diversity

Sitzungstermin: Dienstag, 13.12.2022, 17:30 Uhr

Raum, Ort: **BVV-Saal, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin**

Tagesordnung

- | | | |
|----|---|---------------|
| 1 | Begrüßung und Feststellung der Tagesordnung | |
| 2 | Annahme der Niederschriften 13. und 14. Sitzung | |
| 3 | Mitteilungen der und Fragen an die Verwaltung | |
| 4 | Personalstandsbericht – Nachbesprechung vom 11.10.2022 | |
| 5 | Vorstellung Registerbericht | |
| 6 | LSBTI-Ansprechperson im Bezirk schaffen!
Fraktion DIE LINKE | 0168/6 |
| 7 | Beauftragtenstelle für queeres Leben schaffen
Grüne/SPD | 0200/6 |
| 8 | „Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller
Vielfalt“ in Charlottenburg-Wilmersdorf stärken
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen | 1774/5 |
| 9 | Initiativbewerbungen dauerhaft sicherstellen und qualitativ
verbessern
FDP-Fraktion | 0228/6 |
| 10 | Verschiedenes | |

Im Falle der Verhinderung wollen Sie die Einladung bitte Ihrer Vertreterin bzw. Ihrem Vertreter zusenden oder Ihr Fraktionsbüro benachrichtigen.

Karsten Sell
Ausschussvorsitzender

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
 Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
 6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Juckel/Gronde-Brunner

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0168/6

Beratungsfolge:

Datum

Gremium

BVV

LSBTI-Ansprechperson im Bezirk schaffen!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, eine Stelle mit mindestens 75 % Stellenanteil (entsprechend der Empfehlung des Rates der Bürgermeister:innen) für eine Ansprechperson für Lesben, Schwule, bisexuelle, transgender und intergeschlechtliche Menschen (LSBTI) zu schaffen. Erforderliche Mittel sind beim Senat anzufordern.

Der BVV ist bis zum 31.01.2023 zu berichten.

Begründung:

Die IGSV (Initiative "Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt" der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung) sieht vor, dass sowohl alle Senatsverwaltungen als auch die Bezirke IGSV-Ansprechpersonen benennen (Beschluss des Abgeordnetenhauses (DS 18/1220 resp. 18/1434): „Der Senat wird sich daher über den Rat der Bürgermeister*innen dafür einsetzen, dass die Initiative geschlechtliche und sexuelle Vielfalt durch je eigene bezirkliche Maßnahmen flankiert und unterstützt wird. Auch in den Bezirksämtern ist für die Umsetzung der IGSV eine Ansprechperson zu benennen.“

Im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf ist bislang keine Ansprechperson für Lesben, Schwule, bisexuelle, transgender und intergeschlechtliche Menschen (LSBTI) sichtbar.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Grüne/SPD

Kempf/Weise/Sempff/Dr. Biewener

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0200/6

Beratungsfolge:

Datum

Gremium

BVV

Beauftragtenstelle für queeres Leben schaffen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, eine Beauftragtenstelle für queeres Leben zu schaffen. Die Stelle soll direkt der Bezirksbürgermeisterei angesiedelt sein und eng mit allen Abteilungen des Bezirksamtes zusammenarbeiten, um einen gemeinsamen Aktionsplan zu erstellen. Ziel der Stelle soll sein:

- Diskriminierung, Gewalt und vorurteilsmotivierte Kriminalität bekämpfen
- Bildung von Kindern und Jugendlichen zu LSBTIQ* voranzubringen
- Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in den Jugendzentren und Projekten im Bereich LSBTIQ* zu stärken
- Stärkung der Familienarbeit im Bereich LSBTIQ*
- Vielfältigkeit durch LSBTIQ* gerechte Pflege voranbringen
- Wandel der Verwaltungen vorantreiben
- Sichtbarkeit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt erhöhen

Der BVV ist bis zum 31.12.2022 zu berichten.

Begründung:

Unser Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf wird immer vielfältiger und bunter. In unserem Bezirk leben Menschen, die schwul, lesbisch, trans, queer, inter, bisexuell oder non-binär sind. Wir wollen aufzeigen, dass unser Bezirk diese Vielfältigkeit lebt und spezielle Angebote für die LSBTIQ-Community schaffen. Ein gemeinsamer Austausch und Dialog ist wichtig, um Hürden und Misstrauen zu überwinden. Dafür braucht es eine eigene Beauftragtenstelle, die sich um die wichtigen Fragen der LSBTIQ* Community kümmert und die Themen der Community weiter voranbringt.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Gusy

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 1774/5

Beratungsfolge:

Datum *Gremium*

BVV

"Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt" in Charlottenburg-Wilmersdorf stärken

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, die Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt zu fördern und einen Aktionsplan dafür der BVV vorzulegen. Für die Koordination und als Ansprechpartner*in soll eine Stelle geschaffen und mit eigenen Haushaltsmitteln ausgestattet werden. Dieses ist im kommenden Haushaltsplan zu berücksichtigen.

Damit setzt der Bezirk die IGSV (Initiative "Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt") um, die der Rat der Bürgermeister*innen beschlossen hat.

Folgende Ziele sollen erreicht werden:

1. Diskriminierung, Gewalt und vorurteilsmotivierte Kriminalität bekämpfen
2. Erkenntnisgrundlagen verbessern
3. LSBTIQ*-Geflüchtete schützen
4. Geschichtsdokumentation und -bildung stärken
5. Vielfalt in der Vielfalt – Pflege, Alter, Leben mit Behinderung und psychischen Beeinträchtigungen
6. Bildung, Aufklärung und Jugend- und Familienarbeit stärken
7. Wandel der Verwaltungen vorantreiben
8. Dialog fördern, Sichtbarkeit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt erhöhen
9. Gleiche Rechte für LSBTIQ* – die rechtliche Gleichstellung bundesweit vorantreiben

Der BVV ist bis zum 31.3.2021 zu berichten.

Begründung:

Damit setzt das Bezirksamt den Beschluss des Rats der Bürgermeister*innen zur Benennung von Ansprechpersonen in den Bezirken zur Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt (IGSV)“ um. Die bisherige Arbeit zur „Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt“ im Bezirksamt ist zu wenig sichtbar und die Anbindung an die Gleichstellungsbeauftragte hat bisher nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Der Registerbericht zeigt für Charlottenburg-Wilmersdorf einen großen Anstieg an LGBTIQ* feindlichen Angriffen auf, so dass zusätzlicher Handlungsbedarf entsteht.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
 Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
 6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

FDP-Fraktion

Recke/Bergmann

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0228/6

Beratungsfolge:

Datum

Gremium

BVV

Initiativbewerbungen dauerhaft sicherstellen und qualitativ verbessern

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, von der verwaltungsinternen Praxis, Initiativbewerbungen bis zum 31.12.2022 zeitlich zu befristen, Abstand zu nehmen und sicherzustellen, dass sich Bewerberinnen und Bewerber dauerhaft initiativ beim Bezirksamt bewerben können.

Bei notwendigen Evaluationsphasen ist stets zu garantieren, dass durchgängig die Möglichkeit von Initiativbewerbungen angeboten wird.

Weiter soll ein Verfahren entwickelt werden, das gewährleistet, dass deutlich mehr Initiativbewerberinnen und -bewerber als bisher auch tatsächlich eingestellt werden. Angesichts der angespannten Personalsituation muss es das Ziel sein, ein Großteil der Bewerberinnen und Bewerber für die Verwaltung zu nutzen bzw. diese entsprechend zu qualifizieren, bspw. in Kooperation mit der Arbeitsagentur. Die verwaltungsinternen Abstimmungen zwischen den Fachabteilungen des Bezirksamts sind so zu verbessern, dass das Zentrale Bewerberbüro (ZBB) möglichst frühzeitig nachverfolgen und nachvollziehen kann, welche potenziellen Bewerberinnen und Bewerber die einzelnen Abteilungen benötigen könnten und was für Ausschreibungsmodalitäten hierfür erforderlich sind.

Begründung:

Wie auf eine Große Anfrage der FDP-Fraktion in der BVV am 23.06.2022 bekannt wurde (Ds.: 0112/6), konnte kein einziger der 3000 Initiativbewerbungen, die das Bezirksamt im Jahr 2021 erhielt, auf Stellen im Bezirksamt vermittelt werden. Die Mitarbeiter der Verwaltung sind unser höchstes Gut, um dem Bürger effizient Dienstleistungen anzubieten. Selbst wenn ein Bewerber mal nicht sofort für einen der Jobs qualifiziert sein sollte, erwartet die BVV von der Verwaltung bei der aktuellen Personalausstattung mehr

Kreativität und Einsatz, beispielsweise mit Fortbildungen und Weiterbildungskursen. Weiter wurde im Rahmen der Großen Anfrage bekannt, dass, wie schon vom 01.01.2022 bis zum 28.02.2022, „erneut eine verwaltungsinterne zeitliche Befristung (...) bis 31.12.2022 gilt, die in dem Ausschreibungstext nicht explizit benannt wird, um auch nach Ablauf des Jahres die Ausschreibung wieder evaluieren und ggf. anpassen zu können.“ Anfang 2022 war es schon einmal für zwei Monate nicht möglich, sich initiativ beim Bezirksamt zu bewerben, da auch hier eine Evaluation anstand. Diese womöglich notwendigen Evaluationen rechtfertigt jedoch keine Unterbrechung der Initiativbewerbungen, sodass dies dringend unterbunden werden muss. Wir können es uns nicht leisten, auch nur für einen der Bewerberinnen und Bewerber zu verzichten.